

Landesdirektion Dresden, Abteilung Umweltschutz
Untere Immissionsschutzbehörden der Landkreise und Kreisfreien Städte
Sächsisches Oberbergamt

Dresden, den 12. Juni 2025

Einführung des Onlinedienstes ELiA Online im Freistaat Sachsen - Ergänzende Informationen zur elektronischen Einreichung der Anträge

Erlass des SMUL vom 17. April 2025

Mit o. g. Erlass wurde ELiA Online zum 1. Mai 2025 in Sachsen verbindlich eingeführt. Im Nachgang wurden durch untere Immissionsschutzbehörden Fragen zur papierlosen Antragstellung und zur Unterschrift/Signierung von Anträgen aufgeworfen.

Grundsätzlich weisen wir darauf hin, dass für die mit ELiA Online erstellten Anträge ausschließlich die Verfahrensregeln des BImSchG und der 9. BImSchV gelten. Sind gemäß § 13 BImSchG andere Entscheidungen in die Genehmigung mit eingeschlossen, so wird dafür im immissionsschutzrechtlichen Verfahren kein gesondertes Verfahren von der beteiligten Behörde durchgeführt. Vielmehr gibt diese Behörde eine Stellungnahme gegenüber der Immissionsschutzbehörde ab, die daraufhin die Genehmigung, Zulassung etc. (mit)erteilt.

Mit der Änderung des BImSchG durch das Gesetz zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes vom 29. März 2017 ist die elektronische Antragstellung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren möglich. In der Begründung zum Gesetzentwurf wird klargestellt, dass „die Formulierung „schriftlich oder elektronisch“ besagt, dass der betreffende Verfahrensschritt sowohl in der herkömmlichen Schriftform, einschließlich ihrer elektronischen Ersatzformen als auch grundsätzlich in der einfachsten elektronischen Variante – z.B. als einfache E-Mail – erfolgen kann.“ Eine Unterschrift bei elektronischer Antragstellung ist demzufolge nicht erforderlich (auch nicht als Ersatzform). Dabei ist unstrittig, dass der Antragsteller bzw. der Einreicher des Antrags erkennbar sein muss. Bei ELiA Online geht das aus dem elektronischen Antrag selbst und im Weiteren aus der mit dem Antrag mitübertragenen Servicekonto-ID hervor.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die Änderungen im sächsischen Bauverfahrensrecht verwiesen. So sind gemäß § 12c Abs. 2 der Durchführungsverordnung zur Sächsischen Bauordnung (DVOSächsBO) bei elektronischer Einreichung des Bauantrags und der Bauvorlagen Unterschriften durch den Bauherrn oder den Entwurfsverfasser nicht mehr erforderlich.

Gleiches gilt auch gemäß § 12c Abs. 3 der DVOSächsBO für die Fachplaner. Sollten hierbei seitens des Antragstellers Bedenken in Bezug auf die Rechtsverbindlichkeit der Planunterlagen bestehen, können die vom Fachplaner unterschriebenen Unterlagen dem Antrag als Anhang beigefügt werden (einscannen und hochladen).

Die grundsätzlich papierlose Antragstellung steht dem § 10 Abs. 1 Satz 5 BImSchG, wonach die Behörde auch bei elektronischer Antragstellung einen Antrag in Papierform verlangen kann, nicht entgegen. Es ist jedoch zu beachten, dass dies nur dann zulässig ist, soweit eine Bearbeitung anders

nicht möglich ist. Die Immissionsschutzbehörde muss ihr Verlangen in diesem Fall begründen. Die Forderung einer beteiligten Behörde (s. o.) ist dafür nicht ausreichend.

gez. Dr. Regina Heinecke-Schmitt
Abteilungsleiterin
Wasser und Technischer Umweltschutz